

# Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern



Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern,  
19048 Schwerin

European Commission  
Directorate-General for Competition  
State Aid Registry; Ref.: HT.5371  
1049 Bruxelles/Brussel  
Belgique/Belgien

Geschäftszeichen: VIII- 591-00000-2019/009-002  
Beihilfeleitlinien Klimaschutz  
Energie

Bearbeiterin: Dr. Beatrix Romberg  
Telefon: 0385 588-18320  
E-Mail: Beatrix.romberg@em.mv-  
regierung.de

Datum: 30. Juli 2021

## Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022, Stellungnahme im Konsultationsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Entwurf wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Weiterentwicklung der bisher geltenden Leitlinien wird ausdrücklich begrüßt.

Die kritischen und begrüßenswerten Punkte werden nachfolgend mitgeteilt. Um Berücksichtigung wird dringend gebeten.

### Zu 4.1 Beihilfen

#### I. Pflicht zur öffentlichen Konsultation (Nr. 4.1.3.4)

Die Pflicht einer solchen Konsultation wird abgelehnt. Die Erforderlichkeit ist nicht nachvollziehbar und würde zu einem großen organisatorischen Aufwand führen. Im Rahmen der Erstellung von Förderrichtlinien werden betroffene Vereine und Verbände ohnehin beteiligt. Beihilfen richten sich an Unternehmen und nicht an die Bürger, die nicht wirtschaftlich tätig sind. Erforderliche Informationen z.B. zu technischen Details der Förderung, finanziellen Erfordernissen oder Finanzierungslücken und Amortisationszeiten können Bürger nicht beitragen.

Insofern wird keine Notwendigkeit zur Beteiligung der Öffentlichkeit gesehen, sondern eine Beteiligung der betroffenen Vereine, Verbände und NGOs und der Unternehmen als ausreichend erachtet.

#### II. Konzentration auf Ausschreibungen

Der Entwurf gibt unter Nr. 4.1.3.5 (Angemessenheit) vor, dass Beihilfen in der Regel im Wege einer Ausschreibung ausgeschrieben werden. Der Ansatz ist für große Regionen und große Investitionssummen nachvollziehbar, allerdings für kleine Regionen nicht rea-

#### Allgemeine Datenschutzinformationen:

Der Kontakt mit dem Ministerium ist mit einer Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DS-GVO i. V. m. § 4 DSGVO M-V). Weitere Informationen zu Ihren Datenschutzrechten finden Sie unter [www.regierung-mv.de/Datenschutz](http://www.regierung-mv.de/Datenschutz).

**Hausanschrift:**  
Schloßstraße 6 – 8 · 19053 Schwerin

Telefon: 0385 588-0  
Telefax: 0385 588-18099  
E-Mail: [poststelle@em.mv-regierung.de](mailto:poststelle@em.mv-regierung.de)  
Internet: [www.em.regierung-mv.de](http://www.em.regierung-mv.de)

lisierbar und verursacht einen hohen Verwaltungsaufwand. Es wird vorgeschlagen eine Alternative auf der Basis von Beihilfehöchstintensitäten (wie auch in Nr. 4.2) aufzunehmen, z.B. sofern die jährlichen Beihilfen eine Summe von 10 Mio. € nicht übersteigen und branchenoffen gestaltet sind.

Ausschreibungen sind für kleine und mittlere Unternehmen nicht geeignet. KMU benötigen Planbarkeit, Kontinuität und Verlässlichkeit bei Beihilfen, um Investitionen vorzubereiten und die Finanzierung realisieren zu können. Ohne diese Voraussetzungen werden Klimaschutzprojekte von KMU nicht in Erwägung gezogen und alternativ keine Investitionen vorgenommen oder bestehende ineffiziente Technologien genutzt. Ausschreibungen konterkarieren damit Investitionen im KMU Bereich im Sinne der Zielerreichung des Green Deals.

Derzeit kann die Freistellungsverordnung für diese Fälle genutzt werden. Da aber auch diese Regelung überarbeitet werden soll, muss an dieser Stelle auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung von KMU hingewiesen werden.

#### **Zu 4.2 Beihilfen zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz und der Umweltbilanz von Gebäuden**

Der Anwendungsbereich, insbesondere die Kombinationsmöglichkeiten in Nr. 116 werden ausdrücklich begrüßt. Es wird vorgeschlagen, auch Lösungen für Quartierskonzepte mit zuzulassen, z.B. der Anschluss und die Ausstattung für intelligente Energiemanagementsysteme oder lokale Netzwerke im Quartier. Damit können energieeffiziente Gebäude auch über mehrere Gebäude hinweg optimal gestaltet werden.

Ebenso wird die Aufnahme von prozentualen Beihilfeintensitäten begrüßt.

#### **Zu 4.3 Beihilfen für saubere Mobilität**

Das Ziel der EU-Kommission (wie in Randnummer (Rn.) 137 festgelegt), die Beihilfevorschriften für den Bereich der sauberen Mobilität so auszugestalten, dass die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs in umweltfreundlicher Weise erleichtert wird, ist grundsätzlich zu begrüßen.

Allerdings erscheint fraglich, dass mit dem vorgelegten Leitlinienentwurf eine zügige Auszahlung der Mittel beihilferechtikonform geleistet werden kann. So sind neben den Vorgaben der Abschnitte 3.1.2, 3.2.1.2 sowie 3.2.2 der Leitlinien auch noch die Regelungen der Rn. 138 bis 166 zu berücksichtigen. Dabei hat der Mitgliedsstaat u. a. ein "kontrafaktisches Szenario" vorzulegen (Rn. 143), an dem die jeweilige Beihilfe zu messen ist. Derartige Regelungen können nur noch von hochspezialisierten Beihilfe-Experten überblickt werden und stehen im Widerspruch zum Ziel des Ganzen, zügig die nötigen Mittel für eine umweltfreundliche Mobilität zur Verfügung zu stellen. Daher muss resümiert werden, dass mit den vorgelegten Leitlinien ein unverhältnismäßig hoher Aufwand erzeugt werden wird, welcher den selbstgesteckten Zielen des Grünen Deal aufgrund des Aufwandes der beihilferechtlichen Aspekte im Rahmen des Förderverfahrens nicht gerecht wird.

Der Entwurf gibt unter Nr. 4.3.1.4.2 (Angemessenheit) vor, dass Beihilfen im Wege einer Ausschreibung ausgeschrieben werden müssen. Auch dieser Ansatz ist nicht nachvollziehbar. Es gelten die gleichen Argumente wie unter Nr. 4.1. Die Ausnahmen und Nr. 158 sind ein wichtiger und richtiger Schritt, um regionale Förderungen zu ermöglichen. Die in Nr. 183 genannten Alternativen dagegen werden ausdrücklich begrüßt. Allerdings werden diese Förderhöhen insbesondere bzgl. der Wasserstoffinfrastruktur als zu niedrig eingeschätzt.

Begrüßt werden ausdrücklich die in Nr. 170 und Nr. 178 genannten Beihilfemöglichkeiten für Erzeugungs- und Speicheranlagen für erneuerbaren Strom und erneuerbaren Wasserstoff im Zusammenhang mit der Lade- und Tankinfrastruktur.

Gegen die Regelungen der Notwendigkeit der öffentlichen Konsultation (Nr. 171) gelten die gleiche Argumente wie zu 4.1.3.4.

#### **Zu 4.11 Beihilfen in Form einer Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen**

Die in diesem Abschnitt genannten Abwägungen führen dazu, dass eine Vielzahl von Branchen von der bisherigen „Besonderen Ausgleichsregelung des EEG“ in Deutschland nicht mehr profitieren können. Die nunmehr im Anhang 1 aufgeführten Branchen unterscheiden sich deutlich von den bisherigen (Anhang 3 und 5 der bestehenden Leitlinien). Dies führt zu einer Verzerrung des Wettbewerbs, da z.B. bei der Holzpelletsherstellung nur einige Unternehmen zu den NACE-Codes im neuen Anhang 1 zugeordnet werden (NACE Code 16.10 „Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke“), andere Hersteller dagegen nicht (NACE Code 16.29 „Herstellung von Holzwaren a. n. g., Kork-, Flecht- und Korbwaren“). Damit ist kein fairer Wettbewerb gegeben, da die unterschiedlichen Energiekosten erhebliche Auswirkungen auf die Endpreise haben und damit direkt die Marktfähigkeit der Produkte beeinflussen.

Die Beihilfefähigkeit für Pelletproduzenten einzuschränken würde dem politischen Ziel entgegenwirken, eine kosteneffiziente Reduktion von Treibhausgasen im Bereich der Wärmeherzeugung zu realisieren und zusätzlich gefährdet die Einschränkung einen äußerst nachhaltigen Wirtschaftszweig im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch die Beendigung der Beihilfefähigkeit würde also neben der Marktverzerrung auch eine Verbraucherverunsicherung einhergehen.

Auch weitere nachhaltige Wirtschaftszweige sind nunmehr nicht mehr im Anhang 1 enthalten (z.B. auch NACE Code 22.22 „Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen“), die z.B. mit dem Recycling von Verpackungen einen wichtigen Beitrag zur Ressourceneffizienz leisten.

Die Beispiele zeigen, dass der Anhang 1 derzeit keine ausgewogene Auflistung erzielt und damit dem Beihilfegedanken, den Wettbewerb nicht zu verzerren, entgegenwirken.

#### **Zu 4.13 Beihilfen für Studien oder Beratungsleistungen im Umweltschutz- und Energiebereich**

Die in den Nr. 397 und 398 vorgeschlagenen Beihilfeintensitäten werden ausdrücklich begrüßt.

Für weitere Fragen stehe ich jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

gez. Dr. Beatrix Romberg

